

Wirtschaft

Das Geschäft mit der Angst

Gegen Entführungen kann man sich versichern lassen. Seit Terrororganisationen sich auf diese Art finanzieren, steigt in der Schweiz das Interesse nach solchen Policen.

Larissa Tschudi

Das Phänomen ist alt, hat aber gerade Hochkonjunktur: Entführungen mit dem Ziel, Lösegeld zu erpressen. Spätestens seitdem islamistische Terrororganisationen das Geschäft mit der Angst für sich entdeckt haben, häufen sich in der Sahelzone und in Nahost die Vorfälle mit westlichen Ausländern.

Das befeuert auch das Interesse an einer Dienstleistung der besonderen Art: Entführungsversicherungen. Die Kunden: Unternehmen, die in einer Risiko-region tätig sind. Im Ernstfall beauftragt die Versicherung eine Krisenberatungsfirma damit, die Geisel zu befreien und heil nach Hause zu bringen. Und sie erstattet dem Unternehmen zusätzliche Kosten - etwa für medizinische und psychologische Betreuung oder Reisekosten. Das Bemerkenswerte dabei: Die Versicherung bezahlt auch Lösegeld. Und übernimmt die Kosten, auch wenn es unterwegs verloren geht.

Die Hiscox-Versicherung etwa verspricht explizit die «Erstattung von übergebenem Lösegeld, auch bei Verlust des Lösegelds auf dem Transportweg». Die britische Firma ist Weltmarktführerin in diesem Bereich und hält nach eigenen Angaben einen Marktanteil von rund 65 Prozent. Das globale Volumen des Marktes wird auf 250 Millionen Dollar geschätzt, wie das Branchenheft «Schweizer Versicherung» unter Berufung auf Morgan Stanley schreibt.

Ahnungslose Versicherte

Die Schweiz ist überdurchschnittlich von Kidnappings ihrer Bürger im Ausland betroffen. Zwar gibt es keine Zahlen zum hiesigen Markt für Entführungsversicherungen. Die Versicherer selbst berichten allerdings von einer steigenden Nachfrage - «gerade bei exportorientierten kleinen und mittleren Unternehmen», heisst es auf Anfrage bei AGCS, der Spezialversicherung der Allianz. Sie bietet hierzulande seit 2010 solche Policen an. Gianni Solazzo bestätigt diesen Trend. Er leitet den Geschäftsbereich Spezialpolicen beim Schweizer Ableger des deutschen Versicherers HDI-Gerling. Heute zeigen mehr Kunden Interesse als noch vor zwei bis drei Jahren, sagt er auf Anfrage. Zu seinen Kunden zählen internationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz - darunter die «ganz grossen Namen», so Solazzo, aber auch wohlhabende Familien und Einzelpersonen.



Terrororganisationen benutzen Entführungen als Geldquelle: Geiselübergabe in Mali. Foto: Keystone

Das Geschäft

Die meisten werden nie registriert

Weltweit kommt es zu viel mehr Geiselnahmen, als je publik wird. Zuverlässige Zahlen sind keine erhältlich. Schätzungen gehen von 30 000 bis 40 000 Fällen pro Jahr aus. Die meisten Entführungen werden nicht gemeldet, um negative Schlagzeilen zu vermeiden. Entführungen mit kriminellem Hintergrund sind in Ländern wie Mexiko und Kolumbien an der Tagesordnung. Doch aus einem kriminellen Phänomen sei inzwischen eine globale Herausforderung geworden, heisst es in einer Analyse des ETH-Thinktanks CSS. Allein in den letzten drei Jahren sollen islamistische Terroristenorganisationen mit dieser Methode Lösegelder in zweistelliger Millionenhöhe eingenommen haben, wie die G-8-Staaten im Juni 2013 im Abschlusscommuniqué ihres Gipfels in Nordirland festhielten. Die US-Regierung stuft das Kidnapping-Business heute als «grösstes Problem der Terrorismusfinanzierung» ein. (L.T.)

Die Akteure

Unsichtbare Berater

Private Krisenberater verhandeln nie direkt mit den Geiselnahmern, damit diese nichts von der Versicherung erfahren. Dadurch soll vermieden werden, dass die Kidnapper mehr Gewinn wittern. Aus demselben Grund werden in der Regel nicht einmal die versicherten Mitarbeiter selbst über ihre Entführungsversicherung informiert. Höchstens drei Leute wissen davon: der Geschäftsführer, der Risk-Manager, der die Police abschliesst, und der Finanzchef, der die Prämien bezahlt. Kommt es zum Krisenfall, bleiben die Berater selbst im Hintergrund. Zur eigentlichen Arbeit und Vorgehensweise, etwa zu allfälligen Befreiungsversuchen oder zur Übergabe von Lösegeldern, hüllen sich die Krisenberatungsfirmen in Schweigen. Medienanfragen werden lieber abgewimmelt als beantwortet, Zitate teilweise plötzlich wieder zurückgezogen - «um Kunden und Betroffene zu schützen», wie es dann heisst. (L.T.)

Das Geschäft mit Entführungsversicherungen ist verschwiegen. In Deutschland ist es sogar verboten, dafür Werbung zu machen. Über die Höhe der Prämien ist deshalb kaum etwas in Erfahrung zu bringen. Die Verschwiegenheit soll aber auch verhindern, dass der Appetit der Kidnapper angeregt oder Missbrauch getrieben wird. In der Regel werden weder die versicherten Mitarbeiter über den Abschluss einer Police informiert, noch deren Lebenspartner, Kinder oder Gäste, die oft auch davon erfasst werden.

Lösegeld in 75 Prozent der Fälle

Lösegeldzahlungen sind ein zentraler Bestandteil dieses Geschäfts, sagt der ehemalige FBI-Agent Jack Cloonan. «Wenn ich meinen Krisenberatern sagen würde, dass das nicht infrage kommt, dann würden die mich anschauen, als sei ich betrunken.» Cloonan leitet die Abteilung für Spezialrisiken bei Red 24, einer britischen Sicherheitsfirma, die

mit verschiedenen Versicherungen zusammenarbeitet.

«Die meisten Geiselnahmen, die sich weltweit ereignen - ich würde sagen, mindestens 75 Prozent, möglicherweise auch mehr -, werden durch das Zahlen von Lösegeld erfolgreich beendet», hält er fest. Über die Höhe von geforderten oder gezahlten Lösegeldern seien indes kaum verlässliche Zahlen erhältlich - genauso wenig wie über die Zahl der Entführungsfälle pro Jahr. In den Medien werde meist spekuliert. Und er ist überzeugt: «Lösegeld von vornherein auszu-

«Würde ich meinen Krisenberatern sagen, dass Lösegeld nicht infrage kommt, glaubten sie, ich wäre betrunken.»

Ex-FBI-Agent Jack Cloonan

schliessen, schränkt die Möglichkeit ein, ein Opfer erfolgreich zu befreien.»

Regierungen zahlen nicht

Die Praxis steht im Widerspruch zur offiziellen Politik vieler westlicher Regierungen, die in den Lösegeldern eine der wichtigsten Finanzierungsquellen des Terrorismus sehen. So auch die Schweiz: «Der Bundesrat verfolgt eine klare Politik des Nicht-Lösegeld-Zahlens», hält das Auswärtige Departement (EDA) in Bern auf Anfrage fest. Auch Private, die Zahlungen an terroristische Gruppierungen tätigen, «welche dem Sanktionsregime des Sicherheitsrats unterliegen», machen sich laut EDA strafbar - zumindest theoretisch.

Praktisch toleriert die Schweiz genau wie viele andere Länder einen privaten Sektor, der mit Lösegeld arbeitet - und kein Geheimnis daraus macht. Offiziell heisst es dazu in Bern nur: «Das EDA äussert sich nicht zur Versicherungspraxis von Privatunternehmen.»

«Entführungsversicherungen sind ein heikles Thema», sagt Terrorismus-Experte Jean-Paul Rouiller, der unter anderem beim Bundesamt für Polizei und dem Nachrichtendienst des Bundes gearbeitet hat. Viele der privaten Sicherheitsberater seien ehemalige Geheimdienstleute. Und zwischen Regierungen und privaten Krisenberatungsfirmen fänden denn auch immer wieder Kooperationen statt. «Es ist nie einfach, solche Fälle zu lösen - für niemanden.»

Amazon dominiert die Frankfurter Buchmesse

Amazon entzweit auch in Frankfurt die Buchbranche. Die einen warnen vor dem Onlineversandhändler, die anderen schwärmen von den guten Geschäften mit ihm.

Martin Ebel

Frankfurt

Die Buchmessewoche beginnt stets mit dem Montag, dem Deutschen Buchpreis. Donnerstag schaltet sich die Schwedische Akademie ein, und am Sonntag verleiht der Börsenverein des Deutschen Buchhandels seinen Friedenspreis. Dazwischen wird geschäftet und gefeiert, geküsst und gestritten. Für 300 000 Besucher dreht sich ein paar Tage lang alles ums Buch. Oder um eine neue Abrechnungssoftware. Oder das Antipiraterieprogramm Digimarc. Oder um den E-Reader Tolino, der für alle Leseformate kompatibel ist und mit dem der deutsche Buchhandel endlich eine Waffe gegen die Superkrake Amazon gefunden haben will.

Kein Autorennamen, nicht Lutz Seiler, nicht Patrick Modiano, nicht Jaron Lanier, fiel so häufig in den Frankfurter Messehallen wie der des Versandhändlers, der punktgenau seine Ankündigung einer Flatrate auch für den deutschen Sprachraum platzierte. Zwar ist das Angebot für deutsche Leser noch

nicht wirklich reichhaltig, aber das kann ja noch werden. Jedenfalls drehte sich gefühlt jede zweite Podiumsdiskussion auf der Messe um Amazon und die Frage, ob das Unternehmen die ganze Branche überspülen wird.

Alexander Skipis, der Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins, rief laut nach dem Gesetzgeber, ohne allerdings sehr viel konkretere juristisch-politische Massnahmen fordern zu können als eine europäische Angleichung der Mehrwertsteuersätze für E-Books. Natürlich ist es stossend, dass Amazon diese aus Luxemburg «ausliefert» zu einem Steuersatz von 3 Prozent und in Deutschland, wo die Konkurrenten 19 Prozent zahlen, denselben, nämlich gesetzlich fixierten Ladenpreis bekommt. Amazons Erfolg ist aber nicht allein auf dieses Steuergelände und ähnliche Tricks zurückzuführen, sondern, darauf wies «Wirtschaftswoche»-Redaktor Dieter Schnaas zu Recht hin, auf das umfassende Angebot und die komplette Ausrichtung auf die Wünsche der Kunden - selbst auf Wünsche, von denen diese noch gar nichts wissen.

Schwache Argumente

Es war nicht angenehm zu sehen, wie Skipis, der Vertreter des «Kulturguts Buch», argumentativ gegenüber dem lupenreinen Marktwirtschaftler Schnaas ins Schlingern kam. Richtig - das Kartellamt greift ein, wenn Preise zu hoch sind: Amazon senkt sie aber. Richtig - es gibt

wertvolle, schützenswerte Bücher, die es am Markt allein nicht schaffen. Aber einen Schutzzaun um alle Bücher ziehen, bloss weil es Bücher sind?

Nun geben auch die Vertreter des klassischen Buchhandels offen zu, dass Amazon ihnen Beine gemacht hat. Nach ein paar Jahren Schockstarre haben sie reagiert, und es zeigen sich erste Erfolge. Immer mehr Buchhandlungen bieten auch einen 24-Stunden-Einkauf online. Man braucht Amazon nicht, wenn man es nicht will; man braucht es nicht einmal zu boykottieren.

Entspannungssignale sendet übrigens auch der Versandhändler selbst aus. Amazon und Bastei Lübbe haben sich über die Rabatte bei E-Books geeinigt; auf welche Sätze, bleibt allerdings beider Geheimnis. Solange die Verlage ihre Konkurrenz, eben auch das «Geheimwissen» um Margen, höher ansetzen als die gemeinsame Front gegen den Händlerriesen, werden sie aber immer in der schwächeren Position sein.

Und die Autoren? Da gibt es solche und solche. 2000 haben eine Protestnote gegen das erpresserische Vorgehen von Amazon gegen deutsche und US-Verlage unterzeichnet. Viele erklären auf Anfrage, «nie, aber auch wirklich niemals» bei Amazon einzukaufen. Dass ihre Verlage über Amazon gute Umsätze machen, auch mit ihren Büchern, stört dagegen niemanden. Und dann gibt es Autoren wie Nika Lubitsch, die über das Self-Publishing-Programm 400 000

E-Books verkauft hat und sich mit Grausen daran erinnert, wie sie einst bei klassischen Verlagen «Klinken putzte» und dann 5 Prozent Anteil vom Ladenpreis für ein Taschenbuch bekam.

«Ich liebe Amazon», sagte sie, und es klang wie der Schlusssatz eines Kitschromans.

Gute Geschäfte mit Amazon

Nüchterer sieht es Stefan Joss, Verkaufschef bei Hanser: «Amazon ist ein sehr harter Verhandler, aber das sind andere Ketten auch. Wir machen gute Geschäfte miteinander.» Aber Joss ist auch ein «Hanserianer» mit Leib und Seele. Der Verlag mit dem aktuellen Nobelpreisträger - und überhaupt den meisten Nobelpreisträgern im Programm - erklärt noch einmal in drastischen Zahlen, was Mischkalkulation bedeutet: «Von 100 Titeln, die wir machen, verdienen wir mit 5 das Geld, um die anderen 95 machen zu können. Und bei 80 wissen wir sogar vorher, dass sie kein Geld einbringen werden.»

Ohne solche Verlage hätte etwa der Buchpreisgewinner Arno Geiger nie eine Chance gehabt. Bevor er den Preis gewann, verkaufte der Verlag von seinen Büchern jeweils 2000 Exemplare. Danach jeweils 200 000.

Und Kafka, das immer wieder zitierte Beispiel für Verlegermut und Überzeugungstätigkeit? Den kann man sich nicht unbedingt mit einem Self-Publisher-Tool bei Amazon vorstellen.

Europa - Sorgenkind der Weltwirtschaft

Regierungen und Notenbanken wollen sich mit aller Macht gegen eine erneute Wirtschaftskrise stemmen. «Einige Länder sehen sich einem niedrigen oder nachlassenden Wachstum ausgesetzt, mit einer inakzeptabel hohen Arbeitslosigkeit», hiess es im Abschlusspapier des IWF-Lenkungsausschusses zum Ende der Jahrestagung des Währungsfonds und der Weltbank. Mit «kühnen und ambitionierten» Massnahmen soll daher die Nachfrage gesteigert werden. Zu den Gefahren für die Weltkonjunktur zählt der IWF-Lenkungsausschuss die anziehende Geldpolitik und die zähe Niedriginflation in manchen Volkswirtschaften. Sorgenvolle Blicke richteten sich auch auf Europa, das laut IWF Gefahr läuft, in eine erneute Rezession zu rutschen. Schlussfolgerung davon: Die Staaten sollen das Wachstum fördern, indem sie etwa politisch schwierige Reformen der Arbeitsmärkte und der Sozialsysteme durchziehen und die so freiwerdenden Mittel für die Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen brauchen. Ganz so dramatisch sehen es allerdings nicht alle: Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble etwa forderte Augenmass. Das Wachstum sei nach wie vor einigermaßen befriedigend. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf betonte die Notwendigkeit von Reformen. Sie will zur Ankurbelung der Konjunktur auch den privaten Sektor miteinbeziehen. (SDA)